

Notizen zur Hamburger Rotkreuzgeschichte

7. Ausgabe, Aug. 2015

Newsletter des DRK Landesverbandes Hamburg e. V.

„Die Erde trägt zu jeder Zeit ein Dutzend Menschen, die sich vor Sehnsucht, einer des anderen verzehren. Sie finden einander nicht.“

Walter Rathenau - Industrieller, Schriftsteller und Reichsaußenminister

Liebe Rotkreuzfreundinnen und -freunde,
liebe an Hamburgs Rotkreuzgeschichte Interessierte,

der 2. Weltkrieg hat unendliches Leid über die Menschen in vielen Teilen der Welt gebracht; in Europa, zunächst von Deutschland ausgehend, vorrangig in den Nachbarländern, aber auch an Minderheiten in Deutschland selbst. Im Laufe des Krieges waren dann nicht mehr nur deutsche Soldaten an der Front, sondern zunehmend auch Deutschland und damit die gesamte einheimische Zivilbevölkerung von den Kampfhandlungen betroffen. Die Folge war eine hohe Zahl von Opfern auch daheim. Doch mit dem Ende des Krieges vor 70 Jahren waren die Leiden nicht zu Ende. Viele Menschen litten erst jetzt unter Hunger und Kälte, hatten kein Dach mehr über dem Kopf und waren nicht mehr widerstandsfähig genug gegenüber Krankheiten. Hinzu kam, dass Millionen von Menschen durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren haben und man über das Schicksal von Angehörigen, seien es Soldaten oder Zivilpersonen, im Ungewissen war. Das war die Ausgangslage, als der Suchdienst des Roten Kreuzes zunächst in Flensburg, dann in Hamburg seine Arbeit aufnahm - eine Arbeit, die bis heute anhält.

Ihr



Dr. Volkmar Schön
Präsidiumsmitglied des
DRK Landesverbandes
Hamburg e. V.

Themenübersicht

Vorwort	Seite 1
Entstehung und Anfänge des DRK Suchdienstes	Seite 1
Kindersuchdienst	Seite 5
Unser Hamburg damals	Seite 7
Kurt Wagner	Seite 8
Der zentrale Suchdienst in Genf	Seite 9
Guillaume-Henri Dufour	Seite 10
Das russische Rotkreuzmuseum in Moskaus	Seite 11
Amtsgericht Hamburg	Seite 11
Der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen	Seite 12
Kirchlicher Suchdienst	Seite 12
WASSt - Wehrmachtauskunftsstelle	Seite 13
Literaturtipp	Seite 13
Impressum	Seite 14

Entstehung und Anfänge des DRK-Suchdienstes

Der 2. Weltkrieg hatte bisher nie dagewesene humanitäre Auswirkungen. Allein die Zahl der Kriegsgefangenen belief sich auf insgesamt 35 - 40 Millionen Menschen - darunter rund 11 Millionen Deutsche - nach insgesamt rund 8,4 Millionen im 1. Weltkrieg und ca. 400.000 im Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871. Die Zahl der gefallenen und vermissten



1944: Deutsche Kriegsgefangene in Moskau

Soldaten und durch Kampfhandlungen ums Leben gekommenen Zivilpersonen lag bei über 55 Millionen, darunter 3,25 Millionen deutsche Soldaten und 3,64 Millionen deutsche Zivilpersonen. Die Schätzungen über die Zahl allein der deutschen Flüchtlinge und Vertrie-

benen liegen bei rund 12 Millionen zuzüglich einer auf zwischen 600.000 und 2 Millionen geschätzten Zahl von Menschen, die infolge von Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen sind. Hinzu kam eine große Anzahl von Menschen, die aufgrund von Ausbombung das angestammte Heim verlassen und zumindest vorläufig umgesiedelt werden mussten und von Menschen, die infolge der NS-Gewaltherrschaft verschleppt, vertrieben oder in Ghettos, Konzentrationslagern oder Gestapo-Gefängnissen eingesperrt und in erheblicher Zahl umgebracht worden waren.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Zeit bis zur Gründung

Die Suchdienstarbeit des Deutschen Roten Kreuzes war fast ausschließlich durch die militärischen Ereignisse im Osten ausgelöst und bestimmt. Besonders erschwerend war, dass die Sowjetunion das Genfer Abkommen von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen nicht unterzeichnet hatte und sich beide Länder nicht auf eine bilaterale Regelung verständigen konnten. Das führte dazu, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) von der Sowjetunion keine Meldungen über gefallene oder gefangen genommene Soldaten erhielt und aufgrund eines ausbleibenden Friedensschlusses nach Kriegsende auch die Haager Landkriegsordnung nicht zur Anwendung kam, die nach Friedensschluss zumindest einen Austausch der Personalblätter von Kriegsgefangenen vorsieht.

Hinzu kam eine riesige Bevölkerungswanderung aus den polnisch und sowjetisch verwalteten, ehemaligen Ostgebieten Deutschlands, aber auch aus Kernländern osteuropäischer Staaten, mit einem hohen Anteil deutscher Bevölkerung, wie dem Sudetenland durch Flucht, Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Verschleppung.



Wehrmachtsauskunftsstelle

Während des Krieges waren diverse Institutionen im NS-Staat wie die Wehrmachtsauskunftsstelle (WAS), die Polizei, die Waffen-SS, der Reichsarbeitsdienst, die Reichspost, die Reichsbahn u.a. für Nachforschung und Auskunft zuständig. Es war politischer Wille, einen Gesamtüberblick zu vermeiden, sollte die deutsche Bevölkerung doch bis zuletzt an den Endsieg glauben. Es war kein Wunder,

dass die bestehenden Strukturen die immer größer werdenden Zahlen nicht mehr bewältigen konnten.

Dem DRK-Präsidium, hier seinem Amt S mit Sitz am Halleschen Tor in Berlin, wurden daher während des Krieges immer weitere Aufgaben übertragen, um der zunehmenden Unruhe in der Bevölkerung über den Verbleib geliebter Angehöriger wenigstens etwas besser begegnen zu können. War es zunächst nur die Registrierung der in deutscher Gefangenschaft befindlichen polnischen Kriegsgefangenen, kamen bald nach Beginn des Russlandfeldzugs die Anlage einer Kartei über die in Russland vermissten deutschen Kriegsgefangenen, eine Kartei der im westlichen Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und die Führung einer Totenkartei hinzu.



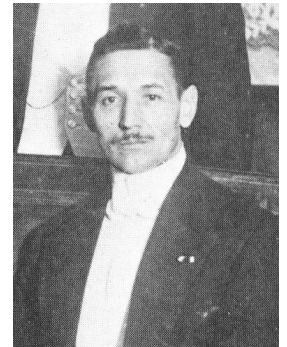
Ein Flüchtlingstreck zieht über das Eis der Ostsee

Nach immer stärker werdenden Luftangriffen auf Berlin im Jahre 1943 entschloss man sich in Sorge um eine mögliche Zerstörung der Unterlagen, die Karteien nach Eisenach auszulagern. Allerdings war dort aufgrund der militärischen Ereignisse ab Januar 1945 praktisch eine weitere, auf das ganze Reichsgebiet bezogene Arbeit nicht mehr möglich.

Hatte eine neue DRK-Führung unter Leitung des ehemaligen Botschafters in Russland, Nadolny, noch gehofft, die Rotkreuzarbeit und damit auch die Nachforschungsarbeit nach dem Ende des Krieges ungehindert wieder in ganz Deutschland aufnehmen bzw. fortsetzen zu können, so zerschlugen sich diese Hoffnungen im Herbst 1945. In einem Memorandum vom 25. Sep-

tember stellten die Amerikaner gegenüber Nadolny fest, dass das DRK als nationale Dienststelle aufgehört habe zu existieren und eine Erlaubnis zur Neubildung nicht erteilt werde. Zudem war in der sowjetischen Besatzungszone auf Befehl der sowjetischen Militäradministration das Rote Kreuz gänzlich aufgelöst worden.

Für eine Suche nach vermissten Soldaten kam erschwerend hinzu, dass durch den Beschluss des Alliierten Kontrollrats, Proklamation Nr. 2, vom 10. Oktober 1945 faktisch auch die Anwendung des Genfer Abkommens von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen für Deutschland außer Kraft gesetzt wurde. Die sich neu gebildeten Länderregierungen erhielten ausschließlich innerdeutsche Befugnisse, für alles andere waren die Alliierten zuständig. Mit der Direktion Nr. 18 vom 13. November 1945 stellte der Kontrollrat zudem seine Zuständigkeit für Kriegsgefangenenfragen ausdrücklich klar.



Rudolf Nadolny

Damit lag die Zukunft suchdienstlicher Tätigkeit in lokaler und regionaler Verantwortung.

Die Anfänge im Norden

Im April 1945 befanden sich in Flensburg zwei Männer, die das Leid und die Sorgen der Vertriebenen aus dem

(Fortsetzung auf Seite 3)



Anfangszeiten der Suchdienstzentrale

Osten unmittelbar miterlebten, der Oberleutnant und Soziologieprofessor Dr. Helmut Schelsky und der Mathematiker und Leutnant Dr. Kurt Wagner. Flensburg war in diesen letzten Kriegstagen für kurze Zeit Sitz der, Anfang Mai gebildeten und noch bis zum 23. Mai amtierenden, „Geschäftsführenden Reichsregierung“ unter Großadmiral Dönitz. Bei letzten Evakuierungsfahrten zwischen dem 5. und 9. Mai wurden noch 43.000 Flüchtlinge von Pommern nach Schleswig-Holstein verbracht. In der Zeit vom 1. bis zum 9. Mai konnten 1,85 Millionen deutsche Soldaten die westlichen Demarkationslinien erreichen, hunderttausende davon allein in den letzten zwei Tagen zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten der Gesamtkapitulation.

Gemeinsam mit Joachim Leusch von der Seetransport-Leitstelle des Marine-Oberkommandos Ost und zwei weiteren Männern der Flüchtlingsleitstelle Kiel fassten Wagner und Schelsky angesichts des Flüchtlingseleuds, das sie täglich vor Augen hatten, den Entschluss, in der Großen Straße in Flensburg eine Dienststelle zu gründen, die den Namen „Deutsches Rotes Kreuz, Flüchtlingshilfswerk, Ermittlungsdienst, Zentral-Suchkartei“ erhielt.

Bereits in dieser Anfangszeit entstand die für das weitere Vorgehen des Suchdienstes grundlegende Idee des Begegnungsverfahrens. Auf „Stammkarten“ standen die Personalien und die aktuelle Anschrift der suchenden Flüchtlinge - auf der Rückseite die Daten der Gesuchten. Auf den gleichzeitig als zweite Karte angefertigten „Suchkarten“ waren die Personalien der Gesuchten verzeichnet - auf der Rückseite die der Suchenden. Die Karteikarten wurden alphabetisch in ein

und dieselbe Kartei einsortiert. Suchte nun der Gesuchte den Suchenden ebenfalls, wurde dasselbe Verfahren auch dort angewendet. Landeten die Karten letztendlich in einer Kartei, mussten sich die Karten von Suchendem und Gesuchtem zwangsläufig begegnen. Daher war es wichtig, dass überall, wo gesucht wurde, in gleicher Art und Weise vorgegangen wurde, um die jeweils zunächst örtlich erstellten Karteien eines Tages zu einer Gesamtkartei zusammenfügen zu können. Und das Flensburger Modell machte Schule, so dass an verschiedenen Orten Norddeutschlands eine gleichartige Arbeit erfolgte. Der glückliche Zufall wollte es - denn zonenübergreifende Absprachen waren zu dieser Zeit noch nicht möglich -, dass unabhängig vom Norden, in München, dasselbe Verfahren entwickelt und angewendet wurde.

Systematisch erfassten die Flensburger beim städtischen Wohlfahrtsamt auf diese Weise die Daten aller in der Stadt untergebrachten Flüchtlinge auf Stammkarten, egal ob diese wegen der Suche nach Angehörigen vorgesprochen hatten oder nicht. Aber was half es, wenn diese Arbeit auf die zivilen Flüchtlinge beschränkt bliebe. Die Rotkreuzler wussten, dass im Raum von Eutin-Heide alle Soldaten zusammengefasst worden waren, die bei der Kapitulation in Dänemark oder Norddeutschland gestanden hatten. Deren Führungsoffiziere wurden in die Arbeitsweise des Suchdienstes eingeweiht, erhielten Blanko-

karten und veranlassten, dass jeder Soldat eine Stamm- und Suchkarte bzw. Suchkarten auszufüllen hatte.

Bereits im Sommer 1945 gab es dann einen regelrechten Kurierdienst, der die Meldungen aus Schleswig-Holstein, Schwerin und dem westlichen Mecklenburg und später auch aus anderen Gegenden der britischen Besatzungszone heranschaffte. Nachdem ersichtlich wurde, wie erfolgreich diese regionsübergreifende Arbeit war, erhielt das Vorgehen auch die volle Unterstützung der in der britischen Zone neu entstehenden Rotkreuz-Landesverbände.

Als 1950 endlich die Hamburger und die Münchner Zentral-Suchkarteien vereinigt wurden, konnte auch der letzte Zweifler sehen, wie klug es gewesen war, sich in der Suchdienstfrage nicht lokal und mit Listen zu verzetteln, sondern auf Zentralkarteien zu setzen.

Ende September 1945 erfolgte der Umzug von Flensburg in das in der britischen Zone zentraler gelegene

Hamburg. Mittlerweile entwickelte sich auch mit Dänemark eine fruchtbare Zusammenarbeit, lebten doch allein dort 200.000 deutsche Vertriebene.

DRK - Suchkarte		Nation:	
Fall-Nr.:	File-Nr.:	Zivilist/Soldat *)	
(Nur für dienstliche Vermerke)		Vermittler/intermittierter Kriegsgefangener *)	
I Gesucht wird:			
Familienname		Vorname bei Frauen Mädchennamen	
geb. am	in	Familienstand	Kinderzahl
Dienstgrad		Beschreibung der Erkennungsmarke	
erlernter / ausgeübter Beruf *)		Vorname des Vaters und der Mutter	
letzter Hauptwohnsitz (Ort, Straße, Kreis, Land)		bis (Datum)	
Feldpost-Nr.		Truppenanschrift	
Kriegsgefangenen- (internierten-Lager *) und ggf. Nr.			
Gibt eigene Nachricht des Gesuchten (wenn und woher)			
Für weitere sachdienliche Angaben Rückseite beschriften - *) Nichtzutreffendes streichen			
DRK - Stammkarte		Nation:	
Fall-Nr.:	File-Nr.:	Zivilist/Soldat *)	
(Nur für dienstliche Vermerke)			
I Personalien des Antragstellers:			
Familienname		Vorname bei Frauen Mädchennamen	
geb. am		Beruf	
Dienstgrad		Familienstand	
Beschreibung der Erkennungsmarke		Kinderzahl	
Familienstand: <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/> - <input type="checkbox"/> (Ehefrau/Kind vorhanden - bei Abwesenheit d. Ehefrau im Blauen Form.-Vorstand)			
letzter Hauptwohnsitz (Ort, Straße, Kreis, Land)		bis (Datum)	
Postfach / jetzige Anschrift (für Internierte/Kriegsgefangene *) auch Lager- u. Gefangenen-Nr.)			
II Mit dem Antragsteller zusammenlebende Familienangehörige:			
1.	Familienname	Vorname	b. Frauen Mädchennamen
	geb.-Datum	in	Fam.-Stand
2.	Familienname	Vorname	b. Frauen Mädchennamen
	geb.-Datum	in	Fam.-Stand
3.	Familienname	Vorname	b. Frauen Mädchennamen
	geb.-Datum	in	Fam.-Stand
*) Nichtzutreffendes streichen Y 110			

Suchkarte und Stammkarte



Suchdienstzentrale des Generalsekretariats

Das Dänische Rote Kreuz hatte um die Jahreswende von der Kopenhagener Regierung den Auftrag erhalten, eine Flüchtlingsverwaltung aufzubauen und getrennt lebende Familien wieder zusammenzuführen. In der Zonenzentrale Hamburg konnten nach einem Besuch des Direktors des Dänischen Roten Kreuzes für über 164.000 Flüchtlinge die Anschriften nächster Angehöriger ermittelt werden. Als im November 1946 die Umsiedlung der Flüchtlinge nach Deutschland einsetzte, hatten die meisten bereits ein konkretes Ziel, den Aufenthaltsort ihrer Verwandten in den vier Besatzungszonen.

Die Entwicklung in der amerikanischen Zone

Im Süden Deutschlands, in der amerikanischen Zone, konnte bereits im Juli 1945 die neu gegründete Körperschaft des öffentlichen Rechts, das Bayerische Rote Kreuz, und damit auch der Suchdienst mit der Arbeit beginnen. Wie in Hamburg erkannte man schnell, dass eine Beschränkung auf Bayern die Wirkungsmöglichkeiten erheblich eingrenzen würde und es gelang, dass sich die Länder Württemberg, Baden und Hessen der Münchener Begegnungskartei anschlossen. Auch diese Entwicklung verlief nicht ohne Hindernisse. Befürchtete die Besatzungsmacht doch zeitweise, dass mit Hilfe des Suchdienstes die ehemalige Wehrmacht wieder rekonstruiert oder gar reaktiviert werden könnte, da die Karteikarten der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen ja auch Angaben über den vormaligen Dienstgrad und die ehemalige Einheit enthalten sollten. Letztendlich konnten diese Bedenken jedoch ausgeräumt werden.

Von geradezu politischer Bedeutung für die sich konstituierende neue Bundesrepublik war die in Stuttgart erstellte und 1950 vom Suchdienst des DRK in München übernommene Lagerkartei. Die Sowjetunion war kaum bereit, Auskunft über dort noch internierte Kriegsgefangene zu geben. In Stuttgart war es in einer Art zweiten, im Februar 1947, entstandenen Zentrale in der amerikanischen Zone, der „Sammelstelle für Heimkehrernachrichten“ - eine Kooperation der beiden kirchlichen Hilfswerke mit dem Roten Kreuz -, gelungen, durch intensive Auswertung von Kriegsgefangenenpost und Befragung zurückkehrender

Gefangener eine Übersicht über Lage, Lebensverhältnisse und Geschichte von rund 3.500 sowjetischen Lagern für deutsche Kriegsgefangene zu erstellen. Ähnliche Lagerkarteien entstanden für die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien. Diese Karteien haben wesentlich zur systematischen Nachforschung nach verschollenen deutschen Kriegsgefangenen beim Suchdienst München beigetragen.

te im September 1946 rund 6 Millionen Karten, bis März 1951 konnten 1,5 Millionen Menschen wieder zusammengebracht werden. Im Dezember 1946 schloss der Ostberliner Suchdienst mit der Arbeitsgemeinschaft der Suchdienste im Westen eine Zusammenarbeitvereinbarung ab. Danach konnte sich jeder Deutsche an eine Suchdienststelle wenden, unabhängig davon, in welcher Besatzungszone er beheimatet war. Aufgrund dieser Re-



Antwortschreiben des Suchdienstes der Zonen-Zentrale Hamburg

Im Januar 1946 wurde für die britische und die amerikanische Zone, die sogenannte Bizone, die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft aller im Suchdienst tätigen Hilfswerke zonenübergreifend gebildet. Sie hatte bis zum 31. Mai 1948 Bestand, als die anderen Wohlfahrtsverbände die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft aufkündigten, da sie sich nicht mehr in der Lage sahen, weiterhin finanzielle Verpflichtungen für die Zonenzentralen in Hamburg und München zu übernehmen. Das Rote Kreuz beschloss daraufhin im Juni 1948, den Suchdienst allein weiterzuführen.

Die Entwicklung in den anderen Regionen des zersplitterten Deutschland

In der sowjetischen Besatzungszone wurde am 1. August 1946, nachdem 1945 bereits in Halle in einer „Zentralkartei der Provinz Sachsen“ 3,5 Millionen in der gesamten sowjetisch besetzten Zone ansässige Flüchtlinge und Vertriebene - dort im Sprachgebrauch Umsiedler genannt - erfasst worden waren, der „Suchdienst für vermißte Deutsche in der sowjetischen Okkupationszone Deutschland“ gegründet. Die Ostberliner Kartei führ-

gelung übernahm der Landesnachforschungsdienst im Westen Berlins nicht nur Suchaufgaben für die Berliner Bevölkerung, sondern auch in erheblichem Maße für die Einwohner der sowjetisch besetzten Zone. Zudem gelang es 1947 mit Hilfe der Patenschaften der kirchlichen Hilfswerke aus der britischen und amerikanischen Zone über die Ortspfarren in der sowjetisch besetzten Zone, die Daten der dort sesshaft gewordenen Flüchtlinge zu erfassen. Eine Rotkreuzorganisation konnte im Osten an dieser Zusammenarbeit nicht beteiligt werden, blieb sie doch in dieser Zeit aufgelöst.

In Berlin spielte sich zunächst im Kleinen ab, was Deutschland als Ganzes im Großen erlebte. Der Viermächtestatus der geteilten Stadt verhinderte eine sektorenübergreifende Einrichtung. Im März 1946 genehmigten die Amerikaner die Gründung des „Deutschen Suchdienstes“ mit Sitz in Dahlem. Im Herbst 1947 gaben die Berliner ihr inzwischen gesammeltes Material an die westdeutschen Zonenzentralen ab, allein bei ihnen waren zu

(Fortsetzung auf Seite 5)

diesem Zeitpunkt noch 250.000 Suchanträge von Kriegsgefangenen offen geblieben.

Bei der Klärung manches Falles halfen auch die Ostberliner. Sie waren inzwischen dazu übergegangen, Blankokarten in die sowjetischen Lager selbst in der Sowjetunion zu schicken, von denen viele ausgefüllt zurückkamen und - sofern sie nicht zur Klärung von Schicksalen in der sowjetischen Besatzungszone beitragen konnten - in den Westen weitergeleitet wurden. Durch diese Zusammenarbeit verringerte sich die Zahl der Menschen ohne jede Ver-

bindung mit ihren Angehörigen erheblich.

In der französischen Zone wurde mit Erlass vom 31. Dezember 1946 ein „Bureau de Recherches Zonier“, der öffentliche Suchdienst in der französisch besetzten Zone, mit Sitz in Rastatt, errichtet. Auch hier gab es eine Zusammenarbeit.

Das Saarland unterstand seit August 1945 einer separaten französischen Militärregierung. Im Januar 1947 wurde hier die „Zivile Nachforschungszentrale für das Saarland“ ins Leben

gerufen, deren Auftrag jedoch darauf begrenzt war, nach vermissten Saarländern zu forschen, deren augenblicklicher Aufenthaltsort unbekannt war. Für die Nachforschung nach Kriegsgefangenen und vermissten Soldaten blieb der „Service de Prisonniers de Guerre Sarrois“ bei der saarländischen Militärregierung zuständig. Die Wohlfahrtsverbände, darunter auch das als Hilfskomitee „Saarländischer Sanitäts- und Hilfsdienst“ firmierende Rote Kreuz waren nur zur Annahme der Suchanträge ermächtigt. Das Hilfskomitee war jedoch im Wesentlichen mit der Zivilen Nachforschungsstelle identisch. ■

Der Kindersuchdienst

Durch den Bombenkrieg und andere Kampfhandlungen oder wegen Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder Internierung hatten sich Väter, Mütter und Kinder häufig aus den Augen verloren. Oft waren die Mütter ums Leben gekommen und die Kinder hatten überlebt - oder umgekehrt. Zudem wurden vielfach nach Kriegsende Erwachsene, die in der Heimat - den deutschen Ostgebieten oder deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa - geblieben waren, zwangsweise ausgesiedelt, während die Kinder zurückbehalten wurden. Die Väter standen noch an der Front, waren in Kriegsgefangenschaft geraten oder umgekommen.

Die Mütter hatten sie das Chaos überlebt, konnten auf der Suche nach ihren Kindern natürlich alles Notwendige angeben: Name, Vorname, Geburtsort und -tag, Aussehen, besondere Merkmale. Aber die Kinder, vor allem die Kleinkinder, die als Ein- bis Fünfjährige von fremden Menschen gerettet worden waren, was konnten sie von sich aus dazu beitragen, ihre Familie wiederzufinden? Oft so gut wie nichts. Hier versagte in den meisten Fällen das sonst so erfolgreiche Karteibegegnungsverfahren des Suchdienstes.

Daraus entstand die Idee, für diese Kinder einen „Steckbrief“, die Merkmalskarte, zu erstellen. Wenn schon nicht deren Name, allenfalls verstümmelt - z.B. weil die Kinder lediglich ihren Kosenamen kannten -, ermittelt werden konnte, so ließen sich doch das ungefähre Alter schätzen und Körpergröße, Gewicht, Haar- und Augenfarbe, besondere Merkmale wie z.B.



Kinder aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten kommen in einer der westalliierten Besatzungszonen an. (August 1948)

Dialekt, Narben und Muttermale, Kleidung, mitgebrachtes Spielzeug und der Ort festhalten, an dem das Kind aufgefunden worden war.

Und man versuchte, eine Kurzbiographie zu erstellen. Vielleicht erinnerte sich das Kind an Geschwister oder Großeltern, an Tiere, das Elternhaus oder an Krankheiten, die es durchgemacht hatte.

Im Dezember 1945 wurde daher bei der Zentral-Suchkartei in Hamburg eine „Arbeitsgruppe elternlose Kinder“

geschaffen, die sich daran machte, eine Sonderkartei, die Kindersuchkartei, aufzubauen. Sie wurde vor allem von den Informationen der Stadt- und Kreisjugendämter der britischen Zone gespeist, die für die Fürsorge elternloser Kinder zuständig waren. Mit Mädchen wurden die Unterlagen ausgetauscht, wenn die Vermutung bestand, dass die Eltern eines suchenden Kindes in der amerikanischen Zone ansässig sein könnten und umgekehrt.

Aber den Hamburgern reichten die Merkmalkarten allein nicht aus. Gehörte zu einem Steckbrief nicht auch ein Foto? So baten sie die Heime, Pflegestellen und Jugendämter, die ihnen anvertrauten Kinder fotografieren und diese Fotos ebenfalls dem Suchdienst für dessen Kartei zukommen zu lassen - eine Dokumentationsmethode, die bei der Suche nach vermissten Soldaten erst 10 Jahre später mit der Erstellung der umfangreichen Vermisstenbildbände der Wehrmachtsverschollenen zum Einsatz kommen sollte. Wie aber sollte man die Bilder zur gleichen Zeit an viele Suchende in ganz Deutschland heranbringen. Im Februar 1946 wurde das erste Kinderbildplakat mit je 20 Jungen und Mädchen von den Hamburgern herausgebracht und an möglichst vielen öffentlichen Stellen ausgehängt, der Beginn der „Aktion Pinguin“. Ein Jahr später war die Hälfte dieser Kinder identifiziert und mit ihren Eltern wieder vereint. Die Herausgabe dieser Plakate entwickelte sich zu einer festen Einrichtung des Hamburger Suchdienstes.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Darüber hinaus wurden Suchanträge mit und ohne Foto in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

Im Rundfunk erhielten die Kindersuchmeldungen ab Dezember 1945 einen festen - wenn auch zeitlich nicht gerade günstigen - Sendeplatz: Täglich 23:50 - 24:00 Uhr; später z. B. beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) - immerhin noch bis Ende 1997 - von 05:45 - 06:00 Uhr.

II. Merkmalsskizze des Kindes

Körpergröße: _____ Haarfarbe: _____
 Augenfarbe: _____ Platzfarbe: _____
 Körpergestalt: _____
 Merkmale: Haare, Lachfalten, Körperliche Besonderheiten
 Übersetzung des Merkmales

Personenzeichnung des zu suchenden Merkmales, möglichst in Originalgröße und ohne

III. Sonstige Bemerkungen

weitere Einzelheiten über die Auffindung des Kindes

weitere Einzelheiten über den Verbleib des Kindes (auch Angaben von Personen, die über Eltern od. die geringste Kenntnis besitzen)

Nach der Trennung mögliche Wohnort, Name, Name, evtl. umf. Beschreibung von Farbe, Größe, besondere Besonderheiten, etc. (in Wortzeichen oder)

Angaben über Verhalten und Auffassung des Kindes, die zur Identifizierung beitragen können

Angaben über den Weg der Kinder nach seiner Auf-findung

(Bitte Name nicht weglassen, Sprache angeben)

Merkmalsskizze des Kindersuchdienst - Rückseite

II. Angaben zur Person des gesuchten Angehörigen

1. Angaben über gesamte Eltern und andere Angehörige des Kindes (Namen u. Geburtsort, auch von Unbekanntem, Zeit und Ort der Trennung von dem Angehörigen u. d.)

II. Angaben über das entsprechende Angehörige

Fachausbildung: _____ Wohnort: _____
 Geburtsort: _____
 Geburtszeitpunkt: _____
 Körpergröße: _____
 Haarfarbe: _____
 Augenfarbe: _____
 Körpergestalt: _____
 sonstige Angaben: _____

Meldung über registriertes/vermisstes Kind vom 12. Juni 1945 bis 30. Juni 1945 (Mutter: ...)

III. Angaben zur Person des registrierten/vermissten Kindes

Fachausbildung: _____ Wohnort: _____
 Geburtsort: _____
 Geburtszeitpunkt: _____
 Körpergröße: _____
 Haarfarbe: _____
 Augenfarbe: _____
 Körpergestalt: _____
 sonstige Angaben: _____

Merkmalsskizze des Kindersuchdienst - Vorderseite

Erwähnt sei, dass auch in der Kindersuchdienstfrage eine Zusammenarbeit mit der französischen und sowjetischen Zone - wenn auch aus den bereits genannten Gründen nicht auf Rotkreuzebene - möglich wurde. Mitte der 50er Jahre wurde sogar ein „Gesamtdeutsches Kinder-Bildheft“ mit 405 Fotos herausgegeben, um möglichst viele auch der letzten verbliebenen Fälle aufzuklären.

Ebenfalls erwähnt sei, dass sich der DRK-Kindersuchdienst selbstverständlich mit der gleichen Sorgfalt um elternlose Kinder von Fremdarbeiterinnen oder von Frauen kümmerte, die zwangsweise aus den von Deutschen besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht oder im Zuge der Kriegsergebnisse nach Deutschland geflohen waren.

Und es sei daran erinnert, dass die Arbeit des DRK ohne die Unterstützung des kirchlichen Suchdienstes und

die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) nicht so erfolgreich gewesen wäre. Allerdings ist davon auszugehen, dass durch die von den Besatzungsmächten stark unterstützte UNRRA, der deutsche Stellen nichts entgegengesetzten konnten, teilweise auch neues Unrecht geschaffen wurde. So wird davon ausgegangen, dass eine ganze Reihe von Kindern u.a. aufgrund fremdländischer klingender Namen - was auch für Deutsche aus Osteuropa nicht unüblich war - ins Ausland verbracht und dort adoptiert wurde, während ihre Eltern weiter in Deutschland lebten und vom Schicksal ihres verlorenen gegangenen Kindes nie erfahren sollten. Eine Einsicht in die Akten der UNRRA war für Deutsche nicht möglich.

Neue Wege in der Vermisstensuche

Im Sommer 1947 war der Nutzen des Begegnungsverfahrens in der Suchkartei zum größten Teil ausgeschöpft. Insbesondere bei der Suche nach den Ostvermissten brachte das Verfahren nicht annähernd die Erfolge wie bei der Flüchtlingsuche. Neue Wege mussten begangen werden und der entscheidende laute: Verstärkt auf die aktive Nachforschung setzen. Und so wurde die Idee geboren, eine lückenlose Kartei aller und eine der Heimkehrer aufzubauen. Eine wesentliche Rolle sollten dabei die Feldpostnummern



Plakat des Kindersuchdienstes



Schwarzes Brett im DRK Generalsekretariat

Allein bis März 1950 hatten die Hamburger 41.520 und die Münchner 15.002 Kinder identifiziert und wieder mit ihren Eltern zusammengeführt.

und Daten über Truppenteile und Gefangenenlager spielen - sie wurden zum neuen Schlüssel für die Begegnung. Schnell zeichnete sich ab, dass es sich um ein gewaltiges und kostspieliges Verfahren handeln würde, das zudem aufgrund der Datenmenge ohne technische Hilfe nicht zu bewältigen wäre.

Und die Münchner hatten Glück. Der Präsident der International Business-Machines-Corporation (IBM) in New York, Mr. Watson, war bereit, ihnen den erforderlichen Maschinenpark für die Dauer von zwei Jahren kostenlos zur Verfügung zu stellen. Und der Suchdienst legte mit den Daten los,

(Fortsetzung auf Seite 7)

auf die er selbst bereits Zugriff hatte - alle Heimkehrer aus der Münchner und der Stuttgarter Kartei wurden „verlocht“. Das Ergebnis waren 400.000 Lochkarten. Und diese Informationen über Soldaten, die in den gleichen Truppenteilen gedient hatten oder Lagern gefangen gehalten wurden wie die Vermissten, ließ man den Suchenden zukommen - man setzte auf Hilfe zur Selbsthilfe. Doch leider erhielten die Suchdienstleute nunmehr oftmals keine Rückmeldungen mehr und wussten nicht, wenn sich ein Suchantrag auf diese Weise erledigt hatte. Auch gab es manchen Ärger mit den Heimkehrern, die von Anfragen überschwemmt wurden, vor allem wenn für die erwartete Antwort in diesen schlechten Zeiten nicht einmal Rückporto beigefügt war. Man war sich einig, die Maßnahme konnte nur ein erster Schritt auf dem sich vorgenommenen Weg sein. Aber die Erstellung eines umfassenden Ostvermisstenplans scheiterte noch immer an dessen Finanzierung, die das Rote Kreuz aus eigenen Mitteln nicht stemmen konnte.

Im April 1949 wurde die Zonenzentrale München von den Vertretern des Roten Kreuzes in der Trizone (die drei westlichen Zonen) als Hauptträger der künftigen Arbeit bei der Ostvermisstennachforschung und für Kriegsgefangenenangelegenheiten anerkannt. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1949 entfielen für die drei ehemaligen westlichen Besatzungszonen endlich auch die politischen Hürden für die längst überfällige Zentralisierung der Suchdiensttätigkeit.

Im Oktober beschlossen die Regierungsvertreter der westlichen Bundesländer, die Stuttgarter Sammelstelle und die Zonenzentrale Rastatt - auch wenn diese noch für einige Zeit bis November 1951 die Suche nach den im Westen Verschollenen fortführte - mit und in München zusammenzulegen. Beim Suchdienst Hamburg zentralisierte man die Suche nach Zivilverschleppten und Kindern.

Das Deutsche Rote Kreuz in der Bundesrepublik Deutschland wurde am 4. Februar 1950 aus der Taufe gehoben. Am 24. Februar rollte ein merkwürdiger Transport auf der Autobahn von Hamburg nach München, er sollte sich noch fünfmal wiederholen.

11 Millionen Karteikarten des Suchdienstes Hamburg wurden zum Suchdienst nach München gebracht. Die Karteikästen wurden immer Freitagabend in Hamburg ver- und Sonntagmorgen in München entladen und dort zunächst als Parallelkartei aufgestellt. So wurde die Beantwortung der in der Woche täglich eingehenden rund 40.000 Anfragen kaum behindert. Aber es sollte noch vier Jahre dauern, bis die Mittel bewilligt wurden und die bei-

den Karteien zu einer verschmelzen und damit voll ausgeschöpft werden konnten. Der Suchdienst München lieferte seinerseits seine Karteien über vermisste Kinder nach Hamburg.

Eine erste Bilanz der bisherigen Arbeit des Suchdienstes im Frühjahr 1950 war beachtlich: In 8,8 Millionen Fällen hatte man Auskunft über den Verbleib von Angehörigen geben können.

Aber beim Suchdienst lagen noch rund 5,2 Millionen unbeantwortete Anfragen, ohne dass klar war, wie viele von diesen sich möglicherweise durch Rückkehr eines Angehörigen erledigt hatten - denn eine Information an den Suchdienst erfolgte nur in den seltensten Fällen. (Die Darstellungen sind in wesentlichen Teilen Kurt W. Böhme : Gesucht wird... entnommen) ■



Plakat des Suchdienst Hamburg

Unser Hamburg damals

Im Mai 1939 leben im durch das Großhamburg-Gesetz vergrößerten Hamburg rund 1,7 Millionen Menschen in 564.000 Wohnungen. Doch der Krieg sollte alles verändern.

In nur wenigen Tagen und Nächten, zwischen dem 25. Juli und dem 3. August 1943, machten im Rahmen der Operation Gomorrha vor allem britische, aber auch amerikanische Bomber große Teile Hamburgs dem Erdboden gleich. In diesen Tagen kamen durch Bomben und im Feuersturm mindestens 40.000 Men-



Eilbeker Weg nach dem Bombenangriff 1943

schen, darunter 22.500 Frauen und 7.000 Kinder ums Leben, 125.000 wurden verletzt, 900.000 obdachlos. 52,7% des Hamburger Wohnungsbestands wurden zerstört, nur 20% blieben unbeschädigt. Auch außerhalb der Stadt hatte Hamburg in diesem Krieg hohe Verluste zu beklagen, rund 70.000 Männer fielen als Soldaten an der Front.

Aber auch die Deutschen selbst richteten im Hamburger Raum wie überall im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten gewaltiges Unheil an -

(Fortsetzung auf Seite 8)

allein im KZ Neuengamme und dessen Außenlagern kamen unter der nationalsozialistischen Herrschaft 40.000-55.000

Häftlinge zu Tode, hinzu kamen viele Opfer unter den Zwangsarbeitern.

Zum Ende des Krieges, in Hamburg mit der kampflosen Übergabe der Stadt

an die Briten am 3. Mai 1945, war die Hamburger Wohnbevölkerung auf 1,1 bis 1,2 Millionen Menschen geschrumpft, die sich in beengtem Wohnraum - meist nicht mehr an der alten Wohnadresse - aneinanderdrängten. Mehr als 155.000 Menschen waren in von der Besatzungsmacht errichteten Wellblechbaracken - den „Nissenhütten“ -, in Holzbaracken, in Behelfsheimen für Ausgebombte, in Wohnlauben und sonstigen Notunterkünften untergebracht. Aber trotz dieser beengten Verhältnisse strömten ständig weitere Menschen nach Hamburg. Im Protokoll der Senatssitzung vom 6. Mai 1945 ist vermerkt: „Bis zu 200.000 Vertriebene müssen demnächst vorübergehend in Hamburg aufgenommen werden.“



Zwangsarbeiter/Häftlinge bergen Tote in der Wendenstraße

Weiter heißt es im Protokoll: „Ob die hier noch lebenden Ausländer nach den für die deutsche Bevölkerung geltenden

Bestimmungen... gepflegt werden, wird Herr Senatssyndikus Dr. Ziegler bei den englischen Stellen klären. Bürgermeister Krogmann wird klären, ob Russen, die arbeiten wollen, weiter beschäftigt werden dürfen. In den nächsten Tagen wird die Ausländerfrage durch einen Erlass der Besatzungsmacht geklärt.“

Und unter dem 8. Mai, dem Tag der Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht, steht im Senatprotokoll: „Senator Dr. Ofterdinger bittet Bürgermeister Krogmann zu entscheiden, wie von den Sozialabteilungen gegenüber Juden zu verfahren ist, ob das zunächst noch geltende Recht anzuwenden ist oder ob sie ebenso wie Deutschblütige zu behandeln sind. Senator Martini spricht sich für eine Gleichstellung mit den Deutschblütigen aus, da es sich um wenige Fälle handelt...“

Insgesamt lag die Zahl der in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Hamburg lebenden bzw. nach Hamburg geströmten ehemaligen Zwangsarbeiter, ehemaligen KZ-Häftlinge und ehemaligen ausländischen Kriegsgefangenen bei rund 110.000 Menschen.

Im Herbst 1945 wurde auf Anweisung der Militärregierung begonnen, Flüchtlingsfamilien mit mehr als zwei nicht-arbeitsfähigen Angehörigen umzusiedeln, um die Situation in der Stadt etwas zu entlasten. Ab dem 27. September wurden im Rahmen der „Aktion Doppelreiche“ 43.000 Menschen nach Dithmarschen und Eiderstedt in Schleswig-Holstein zwangsweise umgesiedelt, unmittelbar anschließend folgte ab Oktober die Verbringung von weiteren 95.000 Menschen mit 72 Sonderzügen im Rahmen der „Aktion Heimat“, vorwiegend in die sowjetisch besetzte Zone.

Das Rote Kreuz war sowohl im Umquartierungsausschuss vertreten als auch bei den Aktionen selber unmittelbar eingebunden. In den Sammellagern nahe des Bahnhofs Altona gaben DRK-Helferinnen Essen aus und stellten die Nachtwachen, anschließend begleiteten Helferinnen und Helfer in zwei Staffeln zu je 50 Einsatzkräften die Flüchtlinge bis zu deren Fahrtziel. Aber noch in den 1950er Jahren hatte Hamburg den Ruf, „Hauptstadt der Vertriebenen“ zu sein. ■

Rotes Kreuz - menschlich gesehen

Kurt Wagner

Kurt Wagner wurde am 29. Juni 1911 im sächsischen Döbeln geboren. Nach dem Abitur studierte er Mathematik, Physik und Philosophie in Leipzig und wurde 1937 zum Dr. phil. promoviert.

Kurt Wagner war aktiver Nationalsozialist. Im Alter von 18 Jahren trat er 1929 der Hitlerjugend bei, bereits 1932 wurde er Mitglied der NSDAP und der SA. Beruflich war er ab 1938 für das Schulungs-



Kurt Wagner

haus des Außenpolitischen Amtes der NSDAP tätig. Ab 1942 war er stellvertretender Dienststellenleiter der Hohen Schule der NSDAP, einer als nationale Eliteuniversität geplanten Einrichtung der NSDAP unter der Zuständigkeit von Alfred Rosenberg. Nach eigenen Angaben gehörte er seit Mai 1940 der Wehrmacht an, diente im Bataillon Feldherrenhalle, war zuletzt im Rang eines Leutnants, kämpfte

an der Ostfront und kam zum Kriegsende mit seinem Regiment nach Flensburg. In der SA wurde er 1942 Standartenführer. Unterlagen des Bundesarchivs verzeichnen bei ihm jedoch eindeutig ab Oktober 1944 eine Anstellung bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt verbunden mit einer Unabkömmlichkeitsstellung, was bedeutet, dass er in dieser Zeit nicht im Fronteinsatz gewesen sein kann. 1945 wurde er für vier Monate von den britischen Besatzern interniert.

Noch in den letzten Kriegstagen grün-

(Fortsetzung auf Seite 9)

dete Wagner zusammen mit anderen in Flensburg die Dienststelle „Deutsches Rotes Kreuz, Flüchtlingshilfswerk, Ermittlungsdienst, Zentral-Suchkartei“ und wurde 1946 der Leiter der Geschäftsstelle des Suchdienstes Hamburg. 1953 erfolgte die Übernahme

in die Suchdienst-Leitstelle des DRK-Generalsekretariats als Referent für Familienzusammenführung, Kriegsgefangenenhilfe und Rechtsschutz. Zwei Jahre später übernahm Wagner die Leitung des Suchdienstes. 1967 wurde ihm zusätzlich die Aufgabe des

stellvertretenden DRK-Generalsekretärs übertragen, die er bis zu seiner Pensionierung 1974 innehatte.

Kurt Wagner starb am 6. Juli 2006 in Bonn. ■

Streiflichter aus der Rotkreuzwelt

Der Zentrale Suchdienst in Genf

Der Zentrale Suchdienst ist integraler Bestandteil des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und als solcher von allen Staaten anerkannt, die die Genfer Rotkreuzabkommen von 1949 unterzeichnet haben.



Zivile Nachrichtenstelle IKRK, Genf, während des 2. Weltkrieges

Bereits ohne rechtliche Grundlage wurde eine Vorläufereinrichtung seitens Roten Kreuzes anlässlich des Deutsch-Französischen Krieges 1870 mit Hauptquartier in Basel, also nahe zu beiden Konfliktparteien gelegen, eingerichtet. Die Verantwortlichen des Baseler Hilfsbüros kamen zu dem Schluss, dass es den Internierten viel besser gehen würde, könnten sie ihren Familien Briefe schreiben und sich zur Übermittlung einer neutralen Institution bedienen. Doch das Büro ging noch einen Schritt weiter, es übernahm die Rolle des Kuriers für die Übermittlung von Gefangenelisten von verwundeten und unversehrten Soldaten zwischen den kriegführenden Staaten.

Im Russisch-Türkischen Krieg von 1877 führten die positiven Erfahrungen zur Errichtung eines entsprechenden Büros in Triest. 1907 erhielt diese Art der humanitären Hilfeleistung mit dem Haager Abkommen eine rechtliche Basis, auch wenn das IKRK nicht aus-

drücklich als zuständige Stelle benannt wird. Im Balkankrieg 1912 wurden weitere, wichtige Erfahrungen mit der Arbeit des Belgrader Büros gesammelt.

Als der 1. Weltkrieg ausbrach, richtete das IKRK die Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene auf Basis des Haager Abkommens von 1907 ein. Es hatte während der vergangenen Kriege entsprechende Erfahrungen gesammelt und auch innerhalb der internationalen Rotkreuzbewegung hatte man sich zwei Jahre zuvor in Washington verabredet, diese Aufgabe im Falle eines zukünftigen Konflikts dem IKRK zu überlassen.

Zwischen 1914 und 1918 wurden dann über diese Rotkreuzeinrichtung mehrere Millionen Nachrichten vermittelt, zum Zeitpunkt des Waffenstillstands verfügte Genf über 7 Millionen Akten. Allein 120.000 Menschen kamen persönlich nach Genf, um etwas über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erfahren.

Ein Jahr bevor der 2. Weltkrieg ausbricht setzt das IKRK vorausschauend eine „Kommission für Kriegsarbeit“ zur Wiederbelebung eines groß angelegten Suchdienstes ein. Bei Kriegsausbruch werden alle Konfliktparteien auf die Zentralstelle für Kriegsgefangene aufmerksam gemacht und daran erinnert, dass das Genfer Abkommen von 1929 die Einrichtung von Nationalen Auskunftsbüros vorschreibt. Sie sollen in Kriegsgefangenenangelegenheiten mit dem Suchdienst in Genf zusammenarbeiten, damit Nachrichten, Botchaften und Namenslisten ausgetauscht werden können.

Im Laufe des Krieges wächst der Suchdienst des IKRK auf 4.000 Mitarbeiter an. Oft treffen täglich 100.000 Informationen ein, die verarbeitet werden müssen. Ab 1940 haben sich bei fast allen Konfliktparteien die Rotkreuzgefangenschaftskarten durchgesetzt, welche die Arbeit wesentlich erleichterten. Insgesamt wurden 120 Millionen Briefe zwischen Kriegsgefangenen und ihren Familien ausgetauscht - nicht jedoch zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die das Genfer Abkommen von 1929 nicht unterzeichnet hatte; beide Länder weigerten sich, ein gegenseitiges Abkommen zu unterzeichnen - , 23 Millionen Nachrichten von Zivilpersonen in vom Kriege heimgesuchten Ländern wurden übermittelt, 36 Millionen Rotkreuzpakete verteilt und 11.000 Mal besuchten Delegierte des IKRK Kriegsgefangenenlager und Lager für Zivilpersonen in verschiedenen Ländern. Rund 700.000 Personen konnte der Suchdienst des IKRK mit ihren Familien zusammenführen.

Seit Ende des 2. Weltkriegs ist der Zentrale Suchdienst fester Bestandteil



des IKRK und praktisch in jedem Konflikt aktiv, inzwischen vielfach mit Suchdienstbüros direkt in den betroffenen Gebieten. Im Kern sind seine Aufgaben geblieben, auch wenn sich Technologie (siehe auch <http://familylinks.icrc.org>) und Vorgehensweise gewaltig verändert haben: Sammeln von Informationen, Austausch von Nachrichten, Nachforschungen anstellen, Familien zusammenführen und Reisedokumente sowie Bescheinigungen ausstellen - täglich, in nahezu jedem Winkel der Welt. ■

Guillaume-Henri Dufour



Portrait Guillaume-Henri Dufour

Guillaume-Henri Dufour wurde am 15. September 1787 in Konstanz geboren und ist in Genf aufgewachsen. Sein Studium der Geisteswissenschaften und der Physik absolvierte er vorwiegend an der Ecole Polytechnique in Paris und in Metz - Genf war 1798 von Frankreich (bis 1815, in diesem Jahr wurde Genf eidgenössisch) annektiert worden. Er war verheiratet und hatte vier Töchter. Nach dem Studium ging er 1810 zunächst für vier Jahre nach Korfu und war dort u.a. im Festungsbau tätig.

1811 trat er in die französische Armee ein, in der er bis 1817 zum Hauptmann

aufstieg. Bereits in seiner Zeit auf Korfu erlitt Dufour bei einem Scharmützel vor der Küste eine Kriegsverletzung, die ihn sein weiteres Leben prägen sollte. 1817 wechselte er in die neugeschaffene Schweizer Armee. Als Mitbegründer der eidgenössischen Militärschule von Thun, an der er lehrte und deren Kommandant er zeitweise war, unterrichtete er u. a. den späteren französischen Kaiser Napoleon III, mit dem er freundschaftlich verbunden war. Zudem wurde er 1831 Chef des Generalstabs, womit die Organisation der Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall in seinen Händen lag.

Am 21. Oktober 1847 wurde er zum General ernannt. Seine Aufgabe war es, gegen eine Abspaltung innerhalb des Schweizer Staatenbundes, den Sonderbund - die hauptsächlich konservativ, föderalistisch, ländlich und katholisch geprägten Gebiete - militärisch vorzugehen und diesen aufzulösen. In einem Feldzug von nur vier Wochen und mit nur wenigen Opfern gelang es ihm, diese Aufgabe zu lösen. Sein behutsames Vorgehen und sein Beharren auf Einhaltung humanitärer Grundsätze selbst im Kriege trug wesentlich dazu bei, dass der Konflikt innerhalb des Schweizer Staatenbundes 1848 mit der Gründung eines gemeinsamen Bundesstaates gelöst wurde. 1849 wurde er erster von der Bundesversammlung ernannter General der Schweizer Armee.

Neben seinen militärischen Aufgaben betätigte er sich in vielfältiger Form als Ingenieur und Festungsbauer und war an zahlreichen Projekten der Genfer Stadtplanung und der Schweizer Eisenbahnplanung beteiligt. In Genf saß er für die Liberalen im Repräsentierenden Rat; 1848-1851 und 1854-1857 als Abgeordneter im Nationalrat (Parlament) und 1863-1866 für Genf im Ständerat (Kammer der Kantonsvertreter).

Ein besonderes Anliegen war ihm die Neutralität der Schweiz.

Als Mitglied der Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft gehörte Dufour zu den Mitbegründern des Komitees der Fünf, dem späteren Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dessen Vorsitzender er im ersten Jahr, 1863/1864, war. Im August 1864 oblag ihm der Vorsitz der diplomatischen Konferenz in Genf, die mit der Verabschiedung der ersten Genfer Konvention endete.

Als der britische Teilnehmer sagte, er könne die Konvention ohne Siegel nicht unterschreiben, soll Dufour ihm einen Uniformknopf mit den Worten abgeschnitten haben: „Hier, Eure Exzellenz, haben Sie das Wappen Ihrer Majestät.“

Dufour verstarb vor 140 Jahren, am 14. Juli 1875, in Les Eaux-Vives. ■

Der besondere Tipp

Auf 1340 m Höhe befindet sich in Halsegg, im Schweizer Kanton Schwyz, das einzige Dufour-Museum. 2009 eröffnet und von einem Verein ehrenamtlich betrieben ist es im aus zwei identischen, doppelstöckigen Bunkern bestehenden Artilleriewerk Halsegg untergebracht.

Dieses Artilleriewerk wurde von 1986 bis 1988 als Prototyp des sogenannten Bisonkonzepts der



Dufour Museum

Schweizer Armee gebaut und schon 2000 wieder außer Betrieb genommen wurde.

Das Museum kann von Mai bis Oktober am ersten vollständigen Wochenende des Monats zu festen Zeiten mit Führung besichtigt werden und zeigt die Lebensgeschichte von Dufour in ihren vielfältigen Aspekten sowie die militärische Vergangenheit der Festungen. (www.dufour-museum.ch) ■

Rotkreuzmuseen stellen sich vor

Das Russische Rotkreuzmuseum in Moskau

Noch zu Zeiten der Sowjetunion wurde 1976 seitens des Vorstands der Allianz der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften der UdSSR die Errichtung des Museums beschlossen, das dann im November 1979 eröffnen konnte.

Das Museum verfügt über mehr als 30.000 Gegenstände, mit denen - ausgehend vom Krim-Krieg 1853-1856 - die Geschichte des 1867 gegründeten

Russischen Roten Kreuzes von den Anfängen bis heute dokumentiert wird. In chronologischer Reihenfolge wird die Tradition des Helfens, insbesondere in der Versorgung und Betreuung von Soldaten und Zivilbevölkerung in den verschiedenen Kriegen - Krim-Krieg, Russisch-Türkischer Krieg, Russisch-Japanischer Krieg, 1. Weltkrieg und Großer Vaterländischer Krieg (2. Weltkrieg) - dargestellt. In diesem Zu-

sammenhang wird auch die Arbeit des Suchdienstes nach dem 2. Weltkrieg erläutert, veranschaulicht u.a. mit Hilfe von Originaldokumenten aus Konzentrationslagern der Nationalsozialisten.

Weitere Themen sind die Bewältigung von Naturkatastrophen und Hilfen bei gefährlichen Krankheiten wie TBC und AIDS. Besonderer Stolz des Museums ist eine Galerie von Personen des öffentlichen Lebens, die in unterschiedlicher Form Anliegen und Arbeit des Russischen Roten Kreuzes unterstützt haben und durch Fotos und persönliche Gegenstände präsentiert werden.

Das Museum ist montags bis freitags von 10.00-17.00 Uhr geöffnet, es befindet sich Tschereuschkinskij projekt 5. (museum@redcross.ru) ■



Das Rotkreuzmuseum in Moskau

Orte der Rotkreuzbewegung

Amtsgericht Hamburg-Altona

Mit den Reichsjustizgesetzen entstand 1873-1878 in der heutigen Max-Brauer-Allee 89 der Backsteinbau des Altonaer Landgerichts im damals noch von Hamburg unabhängigen, preußischen Altona. Es ist im Rundbogenstil der Schinkel-Schule, verziert mit Terracottaschmuck, errichtet. Der Backsteinbau zog sich ursprünglich bis zur Gerichtstraße hin, daran schloss sich das Gefängnis an. Dieser südwestliche Gebäudeteil wurde 1943 bei einem Bombenangriff zerstört und in dieser Form nicht wieder aufgebaut. Heute steht an dieser Stelle ein Wohnhaus.



Amtsgericht Hamburg-Altona

An das Gebäude des Landgerichts wurde 1904-1907 das des Amtsgerichts Altona (heute Max-Brauer-Allee 91) im Stil der deutschen Renaissance

mit Werksteingliederung angebaut.

Während der Zeit des Nationalsozialismus tagte im ehemaligen Landgericht auch ein Sondergericht. Im Prozess um den sogenannten Altonaer Blutsonntag von 1932 fällt es im darauffolgenden Jahr die ersten politischen Todesurteile des NS-Staates.

Heute sind in den Gerichtsgebäuden, die seit 1981 unter Denkmalschutz stehen, das Amtsgericht Hamburg-Altona - eines von acht Hamburger Amtsgerichten - und das für ganz Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zuständige Zentrale Mahngericht des Amtsgerichts Hamburg untergebracht.

Die ersten Jahre nach dem Krieg be-

herbergten die Gerichtsgebäude nach deren Umzug aus Flensburg im September 1945 die Zonenzentrale Hamburg des Rotkreuz-Suchdienstes.

„Das Gerichtsgebäude in der Allee in Hamburg-Altona nahm sie auf... Die Zustände im Hamburger Gerichtsgebäude waren ...unerquicklich. Die Fensterscheiben fehlten, die Zentralheizung war außer Betrieb, es gab keine Kohlen. Die Öfen steckten ihre kurzen Rohre zu den Pappfenstern hinaus, sie hatten, wenn etwas zu brennen da war, keinen Abzug und verqualmten die überfüllten Arbeitsräume. Viele Angestellte trugen im Winter bei der Arbeit Handschuhe, um die Karteikarten überhaupt festhalten zu können. Die Mägen knurrten vor Hunger. Die Flüchtlinge unter den Mitarbeitern, die nichts hatten retten können, froren, und als schließlich zeitweise der Strom gesperrt wurde, musste die Arbeitszeit verkürzt und die eingeführte Doppelschicht wieder aufgehoben werden. Aber gearbeitet wurde dennoch.“ (Auszug aus Kurt W. Böhme, Gesucht wird...) ■

Der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen (International Tracing Service/ ITS)

Internationaler Suchdienst (ITS) Bad Arolsen



Im Januar 1946 werden seit Mai 1945 vor den Toren Frankfurts in provisorischen Gebäuden zwischengelagerte Aktenbestände in das nordhessische Arolsen verbracht. Mit ihnen zieht eine beträchtliche Zahl von Spezialisten in das kleine Barockstädtchen um, das vom Krieg weitgehend verschont und dessen Infrastruktur – Transportwege, Telefon- und Telegraphennetz – noch intakt geblieben war. Ein weiterer Vorteil dieses Ortes: Er liegt zentral in Deutschland und es war in jede der vier Besatzungszonen kein weiter Weg. Doch was waren das für Akten und Spezialisten?

Bei Kriegsende befanden sich in Deutschland und Österreich - die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten nicht mitgezählt – rund 10 Millionen sogenannte „Displaced Persons“, also vorrangig Zwangsarbeiter, Häftlinge aus den Konzentrationslagern und Vertriebene. Um sie kümmerte sich seit 1944 zunächst ein erstes Suchbüro des Britischen Roten Kreuzes in London, das später seine Arbeit im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte fortsetzte. Unter Leitung der Hilfs- und Wiederaufbauorganisation der neu gegründeten Vereinten Nationen und später der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) wurde daraus der

Internationaler Suchdienst (IKRK) aufgrund seiner umfangreichen Suchdienstenerfahrungen der IRO beratend zur Seite. Nach deren Auflösung war jedoch der Fortbestand des ITS in Frage gestellt und den Deutschen wollte man so kurz nach Kriegsende ein so sensibles Thema nicht übertragen. So wurde 1955 das IKRK durch die Bonner Verträge mit Leitung und Verwaltung des Internationalen Suchdienstes betraut, der zeitweise bis zu 1.400 Mitarbeiter beschäftigte.



Internationaler Suchdienst in Bad Arolsen

Im Laufe der Zeit wurden 50 Millionen Karteikarten angelegt, die Hinweise zu 17,5 Millionen Personen in fast 26.000 Laufmetern Akten liefern. Sie enthalten rund 30 Millionen Dokumente aus Konzentrationslagern, Ghettos und Gestapo-Gefängnissen, zur Zwangsarbeit, zur Situation der überlebenden Displaced Persons sowie zur Emigration infolge des 2. Weltkriegs. Fast 12 Milli-

onale Auskünfte sind seit Gründung erteilt worden.

Anfänglich stand das Internationale Komitee vom Ro-

ten Kreuz (IKRK) aufgrund seiner umfangreichen Suchdienstenerfahrungen der IRO beratend zur Seite. Nach deren Auflösung war jedoch der Fortbestand des ITS in Frage gestellt und den Deutschen wollte man so kurz nach Kriegsende ein so sensibles Thema nicht übertragen. So wurde 1955 das IKRK durch die Bonner Verträge mit Leitung und Verwaltung des Internationalen Suchdienstes betraut, der zeitweise bis zu 1.400 Mitarbeiter beschäftigte.

In den ersten Jahren ging es vorrangig darum, befreiten NS-Opfern Auskünfte über ihre Angehörigen zu erteilen, z.B. Kindern, die ihren zur Zwangsarbeit verpflichteten Müttern weggenommen und in Kinderheime gesteckt worden waren. Bescheinigungen wurden über die Stationen ehemaliger Häftlinge ausgestellt, die diese bei Ausreiseträgern unterstützten oder sie zu Renten- und Entschädigungszahlungen berechtigten. Noch bis 2012 gingen jährlich rund 12.000 Anfragen in Bad Arolsen ein, nunmehr jedoch zu 80% nicht mehr von den Opfern selbst sondern von deren Angehörigen.

2007 wurde entschieden, die Bestände der Forschung zugänglich zu machen. Mit dem Wechsel in der Aufgabenstellung sah auch das IKRK seine Mission als erfüllt an. Ende 2012 zog es sich aus Bad Arolsen zurück, erhalten bleibt eine Verbindungsstelle am Genfer Hauptsitz.

Der ITS ist heute eine internationale Einrichtung, deren Arbeit durch einen internationalen

Ausschuss aus elf Mitgliedsstaaten - darunter auch die Bundesrepublik Deutschland - beaufsichtigt wird. Rechtliche Grundlage sind die in Berlin am 9. Dezember 2011 unterzeichneten Abkommen. (www.its-arolsen.org) ■

Kirchlicher Suchdienst



Der Kirchliche Suchdienst (KSD) ist eine zentrale Fachstelle von Caritas und Diakonie. Im Laufe von fast 70

Jahren wurden über 20 Millionen Datensätze zu den Themen Flucht, Vertreibung und Aussiedlung von Deutschen, deren Lebensstationen und Familienstruktur bis zum Verbleib der

(Fortsetzung auf Seite 13)

Nachkommen gesammelt, ausgewertet und aktualisiert.

1953 erhielt der Kirchliche Suchdienst vom Bundesinnenministerium den Auftrag, die gesamte 1945 in den Vertreibungsgebieten ansässige deutsche Bevölkerung - das entsprach einem Viertel der Bevölkerung des Deutschen Reiches - und in Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches mit hohem Anteil deutschstämmiger Bevölkerung mit Orts- und Straßenangabe namentlich zu erfassen. Daraus entstanden die Heimatortskarteien, die

eine nahezu vollständige Übersicht über die damalige Bevölkerungszusammensetzung geben.

Archiviert sind Volkszählungsbücher, Gemeinde-Soll-Listen, Adressbücher von Städten und Landkreisen, Ortsbücher/Gemeindeverzeichnisse, Branchenbücher, Reichsadressbücher, Güterverzeichnisse, Telefonverzeichnisse, Pfarrverzeichnisse, Berufsverzeichnisse, Landkarten und Stadtpläne. An den KSD können sich Ämter und Privatpersonen wenden, wenn Vermisste oder deren Angehörige ge-

sucht werden, die Staatsangehörigkeit zu klären ist, Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunden beschafft werden müssen, Familienstrukturen nachgewiesen werden sollen, Erben ermittelt werden sollen oder Orte und Ereignisse in der Familiengeschichte geklärt werden müssen.

Der KSD stellt seine Arbeit im Laufe des Jahres 2015 ein. (www.kirchlicher-suchdienst.de) ■

WASt - Wehrmachtauskunftsstelle

Deutsche Dienststelle (WASt)



Gemäß einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin vom

9. Januar 1951 wird die WASt als Behörde des Landes Berlin geführt. Hier sind Personalunterlagen, Karteien und Sammelunterlagen über Angehörige des Heeres, der Luftwaffe und der Marine aus 1. und 2. Weltkrieg sowie über

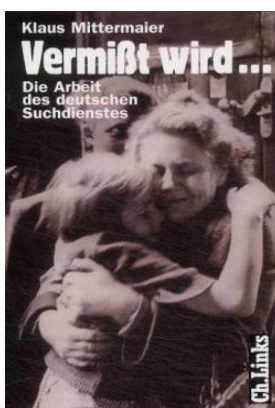
westalliierte Kriegsgefangene ebenso archiviert wie Truppenverlusts- und Lazarettmeldungen, Gräberlisten, Versorgungsakten, Wehrmachtstambücher und Stammlager(Stalag)-Karteien. (www.dd-wast.de) ■

Literaturtipps



Kurt W. Böhme – Gesucht wird...Die dramatische Geschichte des Suchdienstes

1965 in erster und 1970 in erweiterter Auflage im Süddeutschen Verlag, München, herausgegeben, hat „Gesucht wird...“ auch 50 Jahre nach seinem ersten Erscheinen nichts an Faszination eingebüßt. Böhme beschreibt auf 319 Seiten die Entwicklung des Suchdienstes in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg von den Anfängen bis in die 60er Jahre. Er verfügt über enorme Sachkenntnis, beschreibt die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit im mehrfach geteilten Deutschland und zeigt auf, wie die Methoden des Suchdienstes über die Jahre immer ausgefeilter wurden. Und Böhme schildert ergreifende menschliche Schicksale – wie aus Hoffnungslosigkeit Hoffnung und letztendlich Gewissheit wurde. Es ist in der Tat eine dramatische Geschichte des Suchdienstes.



Klaus Mittermaier – Vermißt wird...Die Arbeit des deutschen Suchdienstes

2002 ist im Ch. Links Verlag in Berlin das vom ehemaligen Leiter des Suchdienstes München, Klaus Mittermaier, verfasste 189-seitige Buch über die Arbeit des Suchdienstes erschienen. Es greift die Darstellungen Kurt W. Böhme in verkürzter Form auf und schildert die weitere Entwicklung bis zur Jahrtausendwende. Dabei wird insbesondere die oft unterschätzte Vielfalt suchdienstlicher Arbeit deutlich.



Menschlichkeit

Unparteilichkeit

Neutralität

Unabhängigkeit

Freiwilligkeit

Einheit

Universalität

Impressum

Hrsg.: DRK Landesverband Hamburg e.V., Behrmanplatz 3, 22529 Hamburg

Redaktion/V. i. S. d. P.: Dr. Volkmar Schön

Gestaltung: Marie-Luise Manow

Fotos: StHH 111-1 Senat CI VII Lit Rf Nr. 64 Rechenschaftsbericht des Central-Comités der dt. Vereine vom Rothen Kreuz 1880 (S. 1); DRK (S. 1); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 1); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 2); Wikipedia, gemeinfrei (S. 2); DRK (S. 3); Margarete Eggers-Adler/ DRK (S. 3); DRK (S. 4); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 5); DRK (S. 6); Archiv-DRK GS (S. 6); Kurt Schwinge/ DRK GS (S. 6); Kurt Schwinge/ DRK GS (S. 7); Wikipedia, gemeinfrei (S. 7); DRK (S. 8); Georg Munker/ DRK GS (S. 8); ICRC Photo library (S. 9); ICRC (S. 9) Wikipedia, gemeinfrei (S. 10); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 10); Музей Российского Красного Креста - Rotkreuz-Museum Moskau (S. 11); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 11); Wikipedia, [CC BY-SA 3.0](#) (S. 12); München, Süddeutscher Verlag (S. 13); Berlin Christoph Links Verlag (S. 13); ICRC (S. 14)

Genderhinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei diesem Newsletter auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Abbestellung: per Mail an Rotkreuzgeschichte@lv-hamburg.drk.de